

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

2.3.1865 (No. 52)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 2. März.

W. 52.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkundungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 1. März.

Medaillenverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 10. Februar d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Beizäger Franz Peter Schäfer in Weiber, dem Wadauffseher Karl Weidenbach in Bruchsal, und dem Wadauffseher Joseph Huber in Durbach in Anerkennung ihrer langen und treu geleisteten Dienste die silberne Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachricht.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 11. Februar d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

den Oberkirchenrath Karl Helm zum Direktor der Amortisationskasse zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramm.

† **Neu-York**, 18. Febr., Mittags. Sherman hat Branchville genommen — Mittheilungen aus nordstaatlicher Quelle zufolge nach einer dreitägigen Schlacht, wogegen südstaatliche Berichte sagen, die Stadt sei ohne vorausgegangene Schlacht geräumt worden. Der Vortrab Sherman's ist am südlichen Ufer des Congaree, nahe bei Columbia, angelangt. Die Südstaatlichen halten das nördliche Ufer besetzt; eine Schlacht ist bevorstehend. Der Senat ist zu einer außerordentlichen Sitzung nach Washington auf den 4. März einberufen.
Gold 204 $\frac{1}{2}$, Wechselkurs 221 $\frac{1}{2}$, Bonds 111 $\frac{1}{2}$, Baumwolle 85.

Deutschland.

Karlsruhe, 1. März. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 9 enthält (außer Personalnachrichten):
I. Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern. Die Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadtgemeinde Tauberbischofsheim ber.
II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 28. Jan. 1. J. der evang. Stadtpfarrer Detan Sabel in Heidelberg; am 11. v. M. der Revisor beim Verwaltungshof in Bruchsal, Ernst Hecht; am 17. v. M. in Bruchsal der pensionirte Oberst v. Glaubitz.

Karlsruhe, 1. März. Es ist unsern Lesern nicht unbekannt, mit welchem schamlosen Eynismus gewisse Korrespondenten, welche einer konservativen Sache zu dienen vorgeben, und auf diesen Titel hin die Zulassung in größere Blätter dieser Richtung erlangt haben, die Zustände ihres Vaterlandes, die Bestrebungen seiner Regierung, und selbst das Thun der geheiligten Person des Landesherren entstellen. Wir beklagen dies nicht etwa wegen der Interessen und der Ansichten, die wir vertreten, und welche nur gewinnen, wo Gegner sich so sehr in der Wahl ihrer Mittel verzeihen. Die Günde unseres Bedauerns sind ganz andere.
Jede Parteilichung hat ihre Berechtigung und eine

„K. Auf Leben und Tod.“

(Fortsetzung aus Nr. 51.)

Es würde ihn freilich hart angekommen sein, sich von Alice für einen Andern zu trennen, ein nicht ungewöhnlicher Fall halb-undewäpfter elterlicher Selbstsucht. Doch, um ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, handelte er, bin ich überzeugt, nach seiner Meinung lediglich zum besten seines Kindes, wenn er es nicht hehrathen lassen wollte. Nicht ohne Grund wandte er ein, mein Beruf sei ein gefährlicher, mein Einkommen klein, und wo die Jugend es leicht nehme, müsse die Erfahrung hehrsam sein. Es eile nicht; Alice sei sehr jung, und ich sei auch noch jung, da für; wahrscheinlich würden wir Beide Ursache finden, unsern Sinn zu ändern, wenn aber nicht, so könne ja nach einigen Jahren, u. i. w. u. i. w.

Denn ich gegen den Spruch mich ereizerte, und Alice über ihres Vaters Entscheidung sich grämte, so unterwarf sie sich doch, als ein gutes gehorsames Kind, dem älterlichen Willen. Sie würde nie einen Andern heirathen, erklärte sie, aber auch mich nicht wider ihres Vaters Verbot — nie, nie, und wenn ihr auch das Herz darüber bräche mich zu verlieren. Mit diesem bedingten Verhältniß und Gelöbniß mußte ich mich denn begnügen, sah aber begierig der Beförderung entgegen in der Hoffnung, ich würde als Kapitän des Tudor dem alten Vater als ein erklärbarer Eidam erscheinen. Und nun erschien Alice plötzlich in meiner Stube im Gasthof und schluchzte zum Erbarmen, wie sie mir das Borgefallene zu erzählen versuchte.

Endlich also erfährte ich den Sachverhalt: Herr Croft hatte die Gewohnheit, einen Morgenpaziergang zum Landthor der Stadt hinaus, nach den Bergen zu, zu machen. Er stand früh auf und liebte, wie der rechte Künstler, die Natur zu schauen, wenn die Erde wie vom ersten Sonnenlauf frisch und jung erwacht. Er pflegte dann, sobald die Thore zum Einlaß der den Markt besuchenden Landleute geöffnet wurden, hinaus zu wandern, und viele seiner besten Skizzen wurden auf diesen Morgenstreifereien gemacht. Auf einer derselben, eben heute

Seite, durch deren würdige Vertretung dem Gemeinwesen Vorthheil gebracht wird. Der gesunde Staat verträgt und bedarf sogar das Wechselspiel der Parteien.

So hat eine anständig geführte, mehr konservative Prinzipien huldigende Partei ihre Berechtigung, so oft eine liberale Regierung die Geschäfte führt. Niemand wird dagegen Etwas einwenden, wenn diese Partei gleichzeitig auch auf dem kirchlichen Gebiete einer strengern und schroffern Anschauung Geltung zu verschaffen sucht.

Was aber Niemand fromm und gewiß der guten Sache des Konservatismus am wenigsten nützt, ist, wenn eine Partei die Verbindung mit Personen nicht scheut, denen jedes politische Anstandsgesühl und die einzig haltbare Grundlage aller politischen Parteilichung, die Liebe zum Vaterland und die Achtung seiner Ehre gegen außen abhanden gekommen ist.

Zu ihnen gehören die Korrespondenten, welche seit Monaten in der „Neuen Preussischen Zeitung“ zu Anklägern der Zustände ihres Landes sich erniedrigten.
Uns scheint, daß früher oder später auch an ihnen die Wahrheit des Erfahrungssatzes sich bewähren werde, daß man den Verrath vielleicht lieben kann, den Verräther aber immer verachten wird.

Wir unsererseits, die aus unserm Gefühl gegen die Urheber und die Handlanger dieser schmählichen Intrigue nicht ein Fehl machten, sind gewiß, daß alle anständigen Elemente auch extremer und gegnerischer Parteien dasselbe mit uns theilen werden.

München, 27. Febr. Die „Bayer. Hg.“ bringt (wie bereits erwähnt) heute die Aktienliste in dem Streit der Regierung mit dem Bischof von Speyer. Aus der Ministerialentscheidung vom 23. Febr. theilen wir Folgendes mit:

Dem unterfertigten königl. Staatsministerium ist eine Kollektivvorstellung der hochwürdigsten Hh. Erzbischöfe und der hochwürdigsten Hh. Bischöfe Bayerns de praes. 30. Dez. v. J. zugekommen, worin dieselben aus Anlaß der Speyerer Seminarfrage ihr Einverständnis mit dem von dem hochwürdigsten Hh. Bischof in Speyer der königl. Staatsregierung gegenüber eingehaltenen Verfahren erklären, und die Zurücknahme der gegen die theologische Lehranstalt in Speyer verhängten Schließungsmaßregel oder aber die geeignete Einleitung zum Zweck der Ausgleichung der streitigen Rechtsfrage mit dem heil. Stuhl beantragen. Die hochwürdigsten Hh. Erzbischöfe und die hochwürdigsten Hh. Bischöfe haben hierauf einen auf die Diözese Speyer beschränkten Einzelnvorgang zum Gegenstand gemeinsamer Erörterung gemacht und hiermit einen Standpunkt eingenommen, welcher von der im Konkordat begründeten Stellung der Bischöfe zur königl. Staatsregierung abführt und bereits durch Ministerialentscheidung vom 9. Okt. 1864, Abtheil. I., als unzulässig und der staatsrechtlichen Grundlage entbehrend bezeichnet worden ist. Abgesehen von dieser formellen Unstatthaftigkeit eines solchen Gesamttrittens bietet der Inhalt der Vorstellung vom 30. Dez. v. J. auch in Ansehung einiger thatsächlichen Ausführungen Anlaß zur Verhütung. Wenn nämlich dasselbe behauptet wird, das unterfertigte königl. Staatsministerium habe, veranlaßt durch einen Protest des apostolischen Nuntius, unterm 3. Nov. diesem erklären lassen, daß von Zwangsanwendung bezüglich der Anstalt in Speyer Umgang genommen werde, und wenn ferner darin der Bestand des Lyceums in Eichstätt und das bischöfliche Vorgehen in Speyer unter einen und denselben Gesichtspunkt gezogen werden will, so fehlt es beiden Auffassungen an der richtigen tatsächlichen Unterlage.

Folgt nun ein umfassender Nachweis, daß die Bischöfe sich ohne Grund auf einen Vorgang in Eichstätt berufen wollen. Dann heißt es weiter:

Bei Errichtung der Lycealstudien in Eichstätt hat der hochwürdigste Hr. Bischof rückhaltlos eingewilligt, daß diese Anstalt in der Hauptsache den bestehenden allgemeinen Verordnungen über die Organisation der übrigen Lyceen des Königreichs unterworfen sein soll. Der hochwürdigste Hr. Bischof von Speyer jedoch hat die Anordnungen bezüglich der innern Leitung und Einrichtung der theologischen Lehranstalt lediglich der bischöflichen Amts- und Machtbefugniß zugeeignet. Auch ist bei den Lycealstudien in Eichstätt für etwa nothwendig befindene Änderungen und Modifikationen ihrer Organisation ausdrücklich ein Benehmen des hochw. Hn. Bischofs mit der k. Kreisregierung vorgeschrieben und der Eintritt derselben von der landesfürstlichen Beschlußfassung abhängig gemacht worden. Nach den Erklärungen des hochwürdigsten Hn. Bischofs von Speyer sollte für seine theologische Lehranstalt auch in dieser Beziehung ausschließlich das bischöfliche Ermessen maßgebend sein. Während hiernach bei Errichtung und Fortführung der theologischen Studien an dem Lyceum in Eichstätt die Mitwirkung der Staatsgewalt unter allen Umständen aufrecht erhalten und sohin den Bestimmungen der §§ 76 und 77 der 2. Beilage zur Verfassungsurkunde vollständig genügt worden ist, läßt das bischöfliche Vorgehen zu Speyer im ganzen Umfang seiner beabsichtigten Ausführung die Beachtung dieses verfassungsmäßigen Standpunktes vermissen. Wenn daher die hochwürdigsten Hh. Antragsteller in der Kollektivvorstellung vom 30. Dez. v. J. sich diese sachlichen Gegenstände nicht gegenwärtig haben, so hat es ihnen unverkennbar an der richtigen Kenntniß der tatsächlichen Unterlage gefehlt, und der unbefangenen Erwägung des hochwürdigsten Hn. Erzbischofs wird nicht zu entgehen vermögen, daß sich die Entstehung der theologischen Studien zu Eichstätt jeder berechtigten Konsequenz für das bischöfliche Unternehmen in Speyer verschließe.

Die hochwürdigsten Hh. Erzbischöfe und die hochwürdigsten Hh. Bischöfe haben am Schluß ihrer Kollektivvorstellung vom 30. Dezember beantragt, daß „für die unverweilte Austragung der streitigen Frage mit dem heiligen Stuhl Sorge getragen werden möge.“ Diefem Verlangen kann mit der Bemerkung entgegenkommen werden, daß schon bei einem früheren Anlaß der Nuntiaturl eine umfassende, bis jetzt unbeantwortet gebliebene Darlegung der von der Staatsregierung gehaltenen Standpunkte übergeben worden ist, und daß sohin von Seiten der letztern die erforderlichen Schritte zur Verständigung auf dem hiefür vorgezeichneten Wege nicht veräußert worden sind. In eine Erörterung der Rechtsfrage selbst aber hier nochmals einzutreten, wird nicht veranlaßt erscheinen. Das unterfertigte k. Staatsministerium sieht sich indessen hiebei zu der Erinnerung gedrängt, wie bei der Seminarfrage in Speyer zunächst nicht die Rechtsfrage, vielmehr das thatsächliche Vorgehen des hochwürdigsten Hn. Bischofs, welches unvereinbar mit der Rechtsordnung des Staats, überdies geeignet gewesen wäre, durch das Mittel der vollendeten Thatfachen die vertragmäßige Ausgleichung der streitigen Rechtsfrage selbst zu erschweren oder gänzlich zu vereiteln, auf das Verfahren der k. Staatsregierung bestimmend eingewirkt habe, und wie hienach unter allen Umständen darauf habe bestanden werden müssen, daß der genannte hochwürdigste Hr. Bischof sein Verhalten mit der Bestimmung des Art. XVII des Konkordats in Einklang bringe und lediglich nach dem Erfolge der hienach behätigten Verhandlungen bemesse.

Das unterfertigte k. Staatsministerium ist sich seiner Aufgabe, durch einträchtiges Zusammengehen mit den Organen der Kirchengewalt die religiösen Interessen des Landes zu fördern, nicht minder bewußt, als dieselbe aufrichtig zu erfüllen strebt; dasselbe ist aber auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß diese Eintracht nur auf dem Boden

früh, war Herr Croft in einen Hinterhalt der Wegelagerer gerathen, von denen die Malaga benachbarten wilden Sierras selten frei sind. Diese Räuber hatten sich, unter einem berühmten Anführer Namens Moreno, letzter Zeit sehr froh und lästig erwiesen, und ein Theil der Bande, vermuthete man, der auf die Möglichkeit, irgend einen reichen Stadtbürger oder Gutsbesitzer wegzufangen laurte, war denn in Ermanglung höheren Wildes über Herr Croft hergefallen.

Die Wegelagerer mochten sich zuerst über den Werth ihres Gefangenen getäuscht haben. Ein Engländer gilt allezeit als solcher für reich, und nebstdem bringt der Anblick von seinem Tuch auf den Spanier fast die nämliche taubmanische Wirkung hervor, wie sie der neapolitanische Lazzarone verspürt, wenn er ein „vestito di panno“ vor sich hat, dessen Rang nach dem Stoff seines Rocks geschätzt wird. Jedenfalls hatten sie, ihren Gefangenen mitgeschleppend, einen eiligen Rückzug nach ihren Schlupfwinkeln in den Bergen, angetreten; und als Alice, nachdem sie auf ihres Vaters Rückkunft erst ersaunt, dann beunruhigt und zuletzt bestürzt gewartet hatte, ihn zu suchen hinausging und spät im Nachmittags unverrichteter Dinge und abgemüdet heimkam — gab ihr die alte Serafina einen haßig mit Bleistift auf ein Blättchen zusammengelagertes Papier geschriebenen Brief, den eine unbekannte Bauerfrau im Hause abgegeben hatte.

Er war von Herrn Croft, und lautete:

„Meine liebste, meine liebe Alice. — Dir Schmerz zu bereiten, ist ärgster Schmerz für mich; doch kann ich die Wahrheit nicht verschweigen. Ich bin ein Gefangener in Moreno's Händen, an einem Ort hoch oben im Gebirg. Ich schreibe dies an einem Haltplatz, und man sagt mir, wir werden im Augenblick unsern Marsch fortsetzen, wohin, weiß ich nicht. Ich bin in den Händen verzweifelter Menschen, die Blut verkaufen, oder vergießen, sie zu überzeugen, daß ich unbemittelt bin, haben sie meinen Preis an fünfstaubend Realen festgesetzt. Wird aber dieses Geld nicht auf Mittwoch um Mittag ge-

zahlt, so verliere ich die Hauptmann — doch warum Dich, mein Kind, mären mit der Wiederholung der Drohungen eines Unmenschen? — jedenfalls, wirst Du keinen Vater mehr haben. Ich muß sterben, Alice, heut's Kind, denn ich weiß wohl, daß selbst jene kleine Summe aufzubringen unmöglich ist. Auch haben wir keine Freunde in Malaga. Gebrüder Perez ließen sich vielleicht bewegen — doch nicht. Meine Arbeitgeber würden sich dazu nicht verstehen. Möglich, jedoch, daß der britische Konsul sich der Sache annähme. Auf jeden Fall wird er Dir, Alice, liebe Tochter, gewiß helfen, nach England heimzugelangen, und ich wünsche dringend, daß Du Spanien, sobald Du kannst, verlässest und jene Verwandte Deiner Mutter aufsuchest, deren Namen Du mich erwähnen gehört hast, und die Dir Obdach und Schutz in Deiner großen Noth nicht versagen werden. Die Räuber, deren Gefangener ich bin, lassen durch mich sagen, daß am Mittwoch Mittag Einige von der Bande in der Kapelle bei dem Dorf Santa Maria da Gloria am Fuß der Berge, welche die Straße nach Antequera und Madrid begrenzen, die Zahlung meines Lösegelds erwarten werden. Dort kann das Geld im Beisein des Dorfpabre, welcher der Bande bekannt ist, erlegt werden, und Moreno hat auf das Kreuz ihr geschworen, mich ungeschädigt auszuliefern und dem Boten nichts zu thun. Ich habe aber wenig Hoffnung, wenn ich auch weiß, daß Du versuchen wirst, das Geld zu erhalten, liebstes Kind. Lebewohl, liebe Alice, Gott segne Dich, und auch den Heinrich West. Ich war, fühle ich, hart hinsichtlich — doch Du hast meine Einwilligung, jetzt. Mein Seg.“

Hier war das Papier abgerissen, wahrscheinlich von den rauen Händen des Boten, der es bestellen sollte, und einige Zeilen fehlten. Doch blieb die Unterschrift „Philipp Croft“ lesbar, und neben ihr war ein roth, dem Ansehen nach mit einem verrosteten Siedeln, hingemaltes Kreuz und darunter „Moreno“ von Herrn Croft's Hand geschrieben — das bekräftigende Handzeichen, ohne Zweifel, des Räuberhauptmanns zu dem Schriftfäher, dessen Sprache er freilich nicht verstand. (Fortsetzung folgt.)

strenger Geseßlichkeit und der bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden könne.

München, 28. Febr. (W. K. B.) Die Behauptung der Berliner „Kreuztg.“ von Dresden und München seien dem Augustenburger Rathschlage in Betreff einer Appellation an die europäischen Großmächte gegeben worden, wird nun auch von der „Bayer. Ztg.“ als völlige Unwahrheit erklärt, mit dem Beisatz, daß zwischen der bayrischen Regierung und dem Erbprinzen von Augustenburg oder seinen Räten seit der im vorigen Herbst erfolgten Abreise seines Bevollmächtigten v. Stockhausen nicht die mindeste Verbindung bestanden habe oder bestehe.

Kassel, 27. Febr. Ueber die Stellung der Regierung im Verfassungskstreit enthält das amtliche Organ heute folgenden Artikel:

Daß der Standpunkt der Regierung in dem noch nicht beendigten Verfassungskstreit nach beiden Seiten Ansehung erfährt, kann an sich als natürliche Folge der der Regierung durch Bundesbeschlüsse zugewiesenen Vermittlerrolle nicht ausfallen. Während man einerseits 12 Jahre unseres Staats- und Rechtslebens einfach aus der Geschichte streichen zu können vermeint, andererseits fort und fort über Vergewaltigung von Fürst und Volk Klage führt, sieht die Regierung einfach auf dem Standpunkt des Bundesbeschlusses vom 24. Mai 1862, in Folge dessen die im Jahr 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung von 1831 — mit Ausnahme der anerkannt bundeswidrigen, einmal faktisch außer Wirksamkeit getretenen Bestimmungen, und vorbehaltlich der zunächst auf verfassungsmäßigem Weg behufs der erforderlichen Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen zu vereinbarenden Abänderungen — wieder in Wirksamkeit, und zugleich eine Reihe zweckentsprechender Vorlagen an die Ständekammer auf dem vorigen und dem gegenwärtigen Landtag gelangt ist. So schwierig immerhin die der Regierung gestellte Aufgabe bleibt, so darf dieselbe das Bewußtsein hegen, in dauernder Einmüthigkeit ihrer Organe und unter Wahrung der Rechte des Throns auf beiden Landtagen das Friedenswerk aufrichtig angestrebt zu haben. Wenn sie dabei auch zu bebauern hat, daß ihre Propositionen zum großen Theil händischer Seite nicht das gewünschte Entgegenkommen gefunden haben, so gibt sie doch keineswegs die Hoffnung auf, früher oder später mit ihrer Volksvertretung zur Verständigung zu gelangen. Um so weniger aber kann es ihr gleichgültig sein, die Ständeverammlung als eine von ihr selbst in's Leben gerufene Institution in ihrem ganz zweifellosen Rechtsbestand und gebührender Autorität unausgesetzt beeinträchtigt und in Verbindung hiermit fort und fort die beiden deutschen Großmächte, mit welchen sie die freundlichsten Beziehungen unterhält, wegen des von ihnen veranlaßten Bundesbeschlusses herbem Tadel begangen zu sehen.

Hamburg, 27. Febr. (H. N.) Zwischen den Regierungen von Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg ist am 10. d. zu Köln der Abschluß einer Konvention zur Paralleleierung in ihren Staaten eingeleitet worden, zu deren Beitritt auch der hiesige Senat eine Aufforderung erhalten hat.

Aus Schlesien, 24. Febr. (Sch. M.) Die sogenannte „Wersiger-Erklärung“ von Kiel wurde auch nach Sylt zur Unterzeichnung geschickt, erhielt aber dort keine Unterschrift. Es wurde dies in einer Zuschrift folgendermaßen motivirt:

Da wir die bei den dormaligen Verhältnissen von uns als notwendig erachteten Bedingungen eines schleswig-holsteinischen Staates, den dauernden Schutz Preußens und daraus resultierend unsere Unterstellung unter Preußen in militärischen, maritimen und auswärtig kommerziellen und diplomatischen Angelegenheiten, mit Garantie jedoch für Wahrung und Erhaltung unserer innern Selbständigkeit, in jener Erklärung vermissen, so hat derselben auf Sylt Niemand durch seine Unterschrift beigestimmt. Auch wir halten fest an der auf Grund unseres Rechtsgefühls dem Herzog Friedrich VIII. gelobten Treue, sowie an dem Recht der Herzogthümer, ungetrennt und ohne Zerstückelung in ihrer jetzigen Ausdehnung beisammen zu bleiben, und zweifeln gar nicht daran, daß das Endresultat der jetzt in Berlin, Wien und Frankfurt obshwebenden juristischen Prüfung der Ansprüche aller Erbprinzen das werden wird, daß der Herzog Friedrich der Meist- oder Alleinberechtigte ist, die Herzogthümer ungetrennt und unzerstückelt zu regieren. Weil aber dabei doch das Wohl des Landes in erster Linie steht, so können wir es nicht bezweifeln, daß unser Herzog selbst die gebachten Prärogativen seiner Krone willig opfern wird, falls das Wohl des Landes diese Opfer gebieterisch von ihm fordern sollte. Ohne jenen Ansehensverlust, den Preußen durch den dauernden Ruhe und Prosperität der Herzogthümer nicht zu denken sein. Weder der Herzog, die Herzogthümer selbst, noch der Deutsche Bund waren in der Lage, Dänemark den unrechtmäßigen Besitz von Schleswig entreißen zu können, wenn es nicht die beiden deutschen Großmächte gethan hätten.

Aber nicht aus gezwungener, nur aus freier, kontraktmäßiger Verbindung mit Preußen könne ein zufriedenstellender Zustand beiderseits hervorgehen; daß man bei der Endregulirung der Stimme des Herzogs und des Landes in seiner gesetzlichen Vertretung Gehör schenken werde, sei nicht zu bezweifeln. Die politische schleswig-holsteinische Gesinnung der Sylter habe keine Mißdeutung zu befürchten; übrigens haben sie auch zu der opferwilligen Gesinnung von Herzog und Landesvertretung Vertrauen. — Vor kurzem wurden in Kiel Morgens Maueraufschläge gefunden, in denen es hieß, der Herzog stehe dem Wohl des Landes im Wege. Sie wurden rasch abgerissen und die Sache hat in Kiel große Entrüstung erregt.

Reudenburg, 27. Febr. (Nat. Ztg.) In der gestern hier abgehaltenen Delegirtenversammlung waren 116 schleswig-holsteinische Vereine durch 200 Delegirte vertreten. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildeten die Anträge von Kiel und Altona. Der erste lautete:

1) Im Bewußtsein der Uebereinstimmung mit dem Willen und der Rechtsüberzeugung der Gesamtheit unseres Landes und in der Ueberzeugung, zum Besten unseres Vaterlandes zu handeln, halten wir fest an der auf Grund des Rechts gelobten Treue zu unserem Herzog Friedrich VIII.; — halten wir fest an der Forderung, daß bei der zu beschleunigenden Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse sowohl im Innern als in Beziehung zu Deutschland dem Herzog und den gesetzlichen Vertretern des Landes eine entscheidende Stimme zukommt.

2) Wir erklären uns gleichzeitig bereit, unbeschadet der innern Selbständigkeit des Landes und auf Grund eines durch den Herzog, unter gesetzlicher Mitwirkung der Landesvertretung, zu schließenden Vertrages, eine engere Verbindung mit Preußen einzugehen in benennigen Angelegenheiten, deren gezielte Entwicklung ohne Anlehnung an die norddeutsche Großmacht weder für Schleswig-Holstein noch für das übrige Deutschland möglich ist.

Der Altonaer Antrag versichert die vollste Hingebung an Deutschland, will aber dessen künftiger Entscheidung nicht vorgreifen, indem man schon jetzt Preußen die Befugnisse der Zentralgewalt übertrage. Zum Kieler Antrag war von Hrn. Siemann aus Segeberg folgendes Amendement gestellt:

An die Stelle des zweiten Abschnittes des Kieler Antrages folgenden Passus zu setzen: „Wir stellen es daher dem Herzog und der Landesvertretung auch anheim, die im Interesse Deutschlands mit Preußen einzugehenden Staatsverträge abzuschließen.“

Nach langer, heftiger Debatte wurde dies Segeberger Amendement mit 120 gegen 80 Stimmen und dann der so veränderte Kieler Antrag fast einstimmig angenommen. Von Reinbeck aus war ein Antrag gestellt, durch welchen konstatirt werden sollte, „daß das Land den Anschluß an Preußen in militärischer, maritimer und diplomatischer Hinsicht als dem allseitigen Interesse entsprechend betrachte und daher denselben aufrichtig wünsche.“ Gleichzeitig war in dem Antrag ausgesprochen, daß man an der innern Selbständigkeit unter Herzog Friedrich festhalte und daß die preussischen Forderungen der Landesvertretung zur Berathung vorgelegt werden sollten. Man sprach sich aber sehr heftig gegen diesen Antrag aus, und Hr. Dr. May, Redakteur der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ glaubte sogar in demselben eine Beleidigung des Vereins zu erblicken, indem das Programm desselben dadurch mit Füßen getreten werde. — Vor der Neuwahl des Ausschusses erklärten acht frühere Ausschußmitglieder, sie würden weder eine Neuwahl noch eine Koalition annehmen. In den neuen Ausschuss wurden zehn Mitglieder gewählt, welche fünf andere suppliren sollen. Die Gewählten gehören zum Theil den extremsten Gegnern des engern Anschlusses an Preußen an. Der Verein wird seinen Sitz von Reudenburg entweder nach Kiel oder nach Altona verlegen.

Berlin, 27. Febr. Das Abgeordnetenhaus beschloß sich in seiner heutigen Sitzung mit Petitionen, darunter solche aus dem Handelsstande für Aufhebung der Zinsbeschränkungen.

Abg. v. Gottberg: Durch das Allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch sei der Zinssatz für die kaufmännischen Geschäfte freigegeben; er befreie darum nicht, wie gerade die Kaufmannschaft sich so sehr um die Aufhebung der Wuchergesetze bemühe. Man spreche davon, daß die Aufhebung der Wuchergesetze im Interesse der Grundbesitzer erfolgen müsse. Man solle die Grundbesitzer doch selbst für sich sorgen lassen. Die landwirthsch. Kreditinstitute hätten sich sämtlich gegen die Aufhebung der Wuchergesetze ausgesprochen. Die Grundbesitzer hätten von der linken Seite dieses Hauses ein Geschenk erhalten, nämlich die Grundsteuer und die Gebäudesteuer, an dem sie schwer genug zu tragen hätten. Wollte man helfen, so schaffe man Kreditinstitute für den kleinen Grundbesitz. Er beantrage Uebergang zur Tagesordnung. Abg. v. Hennig: Der Vordränger befindet sich im Irrthum, wenn er meine, die Grundbesitzer hätten die Grundsteuer und die Gebäudesteuer der linken Seite dieses Hauses zu verdanken. Der erste Minister, der die Grundsteuerfrage in Anregung gebracht, sei der Minister v. Manneufes gewesen, und dieser habe doch gewiß nicht zur Fortschrittspartei gehört; diejenigen Mitglieder der Fortschrittspartei aber, die damals bereits in diesem Hause gesessen, hätten gegen die betreffenden Gesetze gestimmt. Zur Sache übergehend, fährt Redner aus, wie eine Aufhebung der Zinsbeschränkungen dem Grundbesitz nicht nur nicht schädlich, sondern im Gegentheil nur nützlich sein könne. Der landwirthsch. Zentralverein für Ost- und Westpreußen habe sich, dem entsprechend, auch bereits wiederholt für die Aufhebung der Wuchergesetze energisch bei der Regierung ausgesprochen. Abg. Hüner: Er finde es bedenklich, daß das Haus über eine so wichtige Sache gelegentlich einer Petition beschließen solle. Er beantrage, die Sache an die Justizkommission zurückzuweisen, die sich mit der Agrar- und der Handelskommission dann zu verbinden habe. Abg. Wachs muth: Es handle sich hier um eine ausgetragene Sache, über die er kein Wort mehr verlieren wolle. Dem Hrn. v. Gottberg wolle er aber sagen, daß er, wenn er einestheils die Linke dieses Hauses mit Unrecht beschuldigt habe, daß die Grundsteuer und die Gebäudesteuer ihr zu verdanken sei, andererseits es doch wieder verschwiegen habe, daß die großen Grundbesitzer bei dieser Gelegenheit doch auch noch ein anderes Geschenk bekommen, nämlich 10 Mill. Thlr. (Hört! Bravo!) Abg. Herrath spricht für Uebergang zur Tagesordnung, während der Abg. Dr. Lette für den Antrag der Kommission auf Ueberweisung der Petitionen an die Staatsregierung zur Berücksichtigung spricht. Die Aufhebung der Wuchergesetze sei eine ausgetragene Sache, über die nichts Neues mehr zu sagen sei, und es bleibe nur zu bedauern, daß Preußen in fraglicher Beziehung einen andern deutschen Staat sich habe vorhergehten lassen. Abg. Wagners spricht im Sinn des Abg. v. Gottberg. Abg. v. Sängers: Wer die Grundsteuer-Regulirung und die Gebäudesteuer herbeigeführt, das seien er und seine politischen Freunde (die Ultraliberalen), die damals in diesem Hause die Majorität gebildet; sie seien sich dieser Verantwortlichkeit wohl bewußt und sie trügen sie mit aller Befriedigung. Redner spricht dann für den Kommissionsantrag. Eine Aufhebung der Zinsbeschränkungen werde dem Grundbesitz nur zum Vortheil gereichen. Die Abgg. v. Hoyerbeck und Leue sprechen für den Kommissionsantrag, Abg. Graf Wartenfels den gegen denselben. Abg. Graf Schwerin: Auch er gehöre derselben Provinz an, welcher Hr. v. Gottberg angehöre, und er siehe nicht an, es auszusprechen, daß der weitaus größere Theil der Grundbesitzer der Provinz die Meinung des Hrn. v. Gottberg über die Folgen einer Aufhebung der Zinsbeschränkungen nicht theile. Diese Aufhebung werde ganz unbedenklich sein. Abg. v. d. Seyditz: Einer der Vordränger (Abg. Wagners) habe gesagt, die provisorische Aufhebung der Wuchergesetze im Jahr 1857 habe für den Grundbesitz nachtheilige Folgen gehabt. Er müsse indessen erklären, daß der damalige Staatsregierung nichts davon bekannt geworden sei. Der Referent spricht noch und der Kommissionsantrag wird dann mit sehr großer Majorität angenommen.

Berlin, 28. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „In Bezug auf den Rücktransport der sächsischen Exe-

kutionstruppen ist es gegenwärtig beim Bunde zur Sprache gekommen, ob die Kosten für den von der sächsischen Regierung gewählten Umweg vergütet werden sollen, oder ob nur diejenigen Kosten in Betracht kommen können, welche bei Benützung der direkten, durch preussisches Gebiet führenden Eisenbahn-Strassen entstanden sein würden. Die Sache dürfte zu interessanten Momenten Anlaß bieten.“

Berlin, 28. Febr. Vor einigen Tagen ist aus Königsberg beim Abgeordnetenhaus eine Petition eingegangen, welche darauf anträgt: für politische und Prekzprose die Kompetenz der Schwurgerichte wieder herzustellen und die vorläufigen Konfiskationen von Druckschriften ganz abzuschaffen. — Beim königl. Obertribunal wird demnächst die Frage zur Entscheidung kommen: ob die im Ausland vorgenommene Schließung einer nach preussischen Gesetzen ungültigen Ehe unter den obwaltenden besonderen Umständen auch strafbar ist? — Zum Beschluß der Carnevalsfeierlichkeiten findet heute Abend bei den königl. Majestäten im Schloß ein Ballfest statt. Zu demselben sind etwa 1200 Einladungen ergangen. Unter den Eingeladenen befinden sich die drei Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der Oberbürgermeister und der Bürgermeister von Berlin, sowie mehrere hiesige Stadträte und Stadtverordnete. — Gestern ist der diesseitige Gesandte bei den groß. mecklenburgischen Höfen und den Hansestädten, Frhr. v. Richtigosen, aus Hamburg hier eingetroffen. Derselbe wurde heute Vormittag von dem Ministerpräsidenten v. Bismarck empfangen. — Wie verlautet, haben die Verhandlungen zwischen Oesterreich und dem Zollverein nunmehr zu einer Verständigung über die seitherigen Haupt-Differenzpunkte in der Tariffrage geführt.

Magdeburg, 27. Febr. Die „Magdeb. Presse“ schreibt: Wie bereits erwähnt, wurden auf telegraphische Aufforderung zwei Kompagnien des königl. 26. Infanterieregiments nach Burg am Samstag, 7 Uhr Abends, per Eisenbahn befördert, um drohenden Arbeiterunruhen entgegenzutreten. Wie wir heute vernehmen, ist die Veranlassung hiezu eine plötzliche und bis auf zwei Fabriken sämtliche Tuchwerkstätten Burgs betreffende allgemeine Arbeits einstellen gewesen. Derselbe wurde hervorgerufen durch die Veröffentlichung einer neuen Fabrikordnung, von der einzelne Bestimmungen den Arbeitern zu hart erschienen. Als solche wird z. B. ein Paragraf genannt, welcher den Arbeiterinnen verbietet, mit einem Mantel bekleidet die Fabriklokale zu betreten. Die Arbeitseinstellung dauert bis jetzt in sämtlichen Fabriken noch fort — mit Ausnahme jener beiden, deren Besitzer die Annahme der unbeliebten Fabrikordnung zurückgewiesen haben. Trotzdem aber ist keine Störung der öffentlichen Ruhe zu befürchten, da die feiernden Arbeiter sich bis jetzt von jeder Gewaltthätigkeit entfernt halten.

Wien, 28. Febr. Die Angaben der „N. Fr. Presse“ über den Inhalt der preussischen Forderungen, die Ihnen auf telegraphischem Wege zugegangen sein werden (s. gestr. Bl.), hören wir als im Wesentlichen richtig bezeichnen. Was die Stellung Oesterreichs zu denselben betrifft, so wird es als zweifellos gelten dürfen, daß es sie, wie sie vorliegen, als unannehmbar betrachtet und als solche bezeichnen wird. In welcher Weise aber ihnen entgegenzutreten sei, welches Maximum berechtigter Ansprüche man Preußen zugestehen hätte, und wie man die hier unter gewissen Einschränkungen selbst in Bezug auf Schleswig als unantastbar erachteten Rechte des Bundes zur Geltung bringen könne, darüber dürfte noch kaum eine Entscheidung gefaßt sein.

Italien.

Neapel, 27. Febr. Einem hiesigen Blatt zufolge wurden gestern 63 Individuen von der Polizei verhaftet. Zehn derselben werden den Gerichten überliefert werden.

Frankreich.

Paris, 27. Febr. Der „Moniteur“ bringt heute eine umfangreiche Abhandlung über die Veröffentlichung römischer Urkunden in Frankreich und die Proteste der Ultramontanen zu Ende. Das Schlußkapitel (17) lautet:

Und man verlangte, der Kaiser solle diese Kundgebungen gegen alle Ideen, welche Frankreich ergründet hat, gegen alle Gesetze, die es geschaffen und zu deren Bekräftigung es ihn gemacht hat, ruhig hinnehmen! Man hat ihm eine Gewissenssache daraus gemacht, allen Freunden der Religion und des Vaterlandes die Gefahren anzudeuten, die darin lägen. Das erinnert an einen Vorfall mit dem heiligen Ludwig, den Joinville (S. 14, Simondi Th. 8, S. 102 und 103) folgendermaßen erzählt: Eines Tags kam der Bischof von Auxerre zu diesem König und sprach im Namen der ihn begleitenden Prälaten also: „Sire, die Herren, die hier sind, Erzbischof und Bischöfe, haben mir gesagt, ich solle Euch sagen, daß das Christenthum in Euren Händen zu Grunde gehe!“ Der König schlug das Kreuz und sprach: „Nun, so saget doch, wie das zugeht.“ „Sire“, entgegnete der Bischof, „das geschieht, weil man heutigen Tags (also schon damals) zu wenig Erkommunikationen vornimmt, weil die Menschen erkommunikirt sterben, ohne daß sie vorher sich hätten absolviren lassen. Wenn Ihr geruhtet, Euren Stadtrichtern und Amtleuten zu befehlen, daß alle diejenigen, welche Jahr und Tag sich erkommunikirt ließen, durch Wegnahme ihrer Güter gezwungen würden, Absolution zu erlangen.“ Darauf entgegnete der König, solches wolle er gern thun, wenn man ihm die Gewissheit gebe, daß diese Erkommunikirten Unrecht hätten. „Aldann aber“, antwortete der Bischof, „müßten wir ja unsere eigenen Klagen außerhalb unserer kirchlichen Gerichtsbarkeit vorbringen.“ „Dabei bleibt's!“ sprach hierauf der König, „denn es wäre gegen Gott und Vernunft, wenn ich Leute zwingen wollte, sich absolviren zu lassen, wenn der Klerus ihnen Unrecht gethan hat.“ Diese Geschichte beweist, daß die Herren Ultramontanen sich über den Untergang der Religion beklagen, sobald die Dinge nicht nach ihrem Kopf gehen. Aber man muß verfahren, wie der heil. Ludwig, und Gott und die Vernunft zu Rathe ziehen. Mit Gerechtigkeit ist man straf; hat man sie für sich, so gehen die Klagen vorüber, doch das Recht bleibt und die Deklamatoren verfallen der Vergessenheit, wie der Bischof von Auxerre!!! So wird es auch mit dieser Schilberhebung gehen, mit diesem ohnmächtigen Rücktrittsversuch, mit diesem hohlen Echo aus einem für immer in das tiefste Grab verfallenen andern Zeitalter. Und man hat sich über die theologischen Disputationen, die ungezügelt auf ein

weilichs Gebiet verlegt worden, die Hände gerieben. Weil eine gewisse Flugschrift Absatz fand, glaubte man, das Publikum habe diese Lehren sich angeeignet. Aber man blide um sich. Erblickt man Etwas, das den religiösen Leidenschaften des 16. Jahrhunderts ähnlich sähe, oder nur den erfolglosen, obwohl stürmischen, welche die famose Bulle „Unigenitus“ begleiteten? Mit Ausnahme des Geistes vom alten Regime, der, mit seiner ganzen Geschichte im Widerspruch und sich selber ungetreu, einige überspannte Weiber aufregt, und mit Ausnahme der religiösen Kongregationen und anderer geheimen Einflüsse, welche im Namen Roms einen Theil des Klerus bedrücken und aufheben, betrachtet Frankreich mit Gleichgültigkeit diese Anstrengungen einer Gewalt, die weder ihre Kräfte noch ihre Zeit begreift. Diese Frommen, welche heute für die Encyclopädie schreien, würden mutmaßlich früher für den Jansenismus geschrien haben. Sie hätten sich mit einem Abglanz der Frau v. Longueville, der prononcirten Jansenistin, schmüden zu können gemeint, und mit einem Abglanz der Frau v. Sévigné, welche den Papp „M. de Rome“ (Sisoni, Theil IV, S. 557, im Jahr 1676) nannte. Diese antijansenitischen Priester hätten vielleicht eher unter den Widersachern der Encyclopädie, als unter den Acceptanten vorgezogen, um nur den Schimmer einer kleinen Verfolgung zu erlangen. Zu allen Zeiten gibt es Motten bei den Koterien, und Schwachköpfe, welche dieselben mitmachen. Eine Nation aber hat einen Willen und hat Gefühle, welche bleibend sind. Frankreich hat das Jahr 89 nicht gemacht, und es nach mehr als 75 Jahren vor einem Ausbruch der Ultramontanen zu verläugnen.

Am nächsten Montag oder spätestens Dienstag beginnt im Senat die Adreßdebatte. Der „Avenir National“ brachte gestern einen feierlichen Protest des Kaisers Mar gegen den Familienpakt von Miramare, worin Erzherzog Max auf seine Anrechte als Agnat und auf die Krongüter Verzicht leistete. Der Kaiser läugnet die Kompetenz des Reichsraths in dieser Angelegenheit. Die „Zindp. Belg.“ erklärt heute nun, die Sache sei richtig; der Protest sei den Höfen von Frankreich, England und Belgien mitgetheilt worden, und der Grund dieses Schrittes sei der, daß dieser Hausvertrag ein geheimes und Kaiser Max entrichtet darüber sei, daß derselbe durch die Vorlage im Reichstag ein öffentlicher werde.

Paris, 28. Febr. „Seit drei Tagen — sagt heute der „Moniteur“ — wiederholen gewisse Blätter, daß das Paketboot „Vera-Cruz“ schlechte Nachrichten aus Mexiko brachte. Diese Gerüchte sind vollständig unbegründet. Dieser Dampfer brachte keine Korrespondenz. Er kommt von einer Reise außerhalb des gewöhnlichen Dienstes der Paketdampfer zurück, nachdem er ein österrreichisches Bataillon nach Vera-Cruz brachte.“ — Das Erscheinen der „Geschichte Cäsars“ ist bis zur nächsten Woche verschoben, da — wie der kaiserliche Drucker, Hr. Plon, meldet — die kolorirten Karten nicht fertig sind. — Heute erschien eine Broschüre vom Herzog von Belluno unter dem Titel „Préliminaires de la Convention du 15. Sept. 1862—1864.“ Der Verfasser (bekanntlich ehemals Gesandtschaftssekretär in Rom) sucht nachzuweisen, daß die Konvention, wie sie im September von Hrn. Drouin de Lhuys „sanctet“ wurde, bereits unter Thouvenel und Kavaletti im Werk war und „daß Hr. Drouin de Lhuys nichts that, als die Thür öffnen, welche Thouvenel ein wenig aufstieß“ (entrebaillait). — Im Uebrigen fehlt es heute vollständig an Neuigkeiten; es ist Fastnachtsdienstag — und alle Bureaus sind geschlossen. — Die Börse war sehr flau. Rente bleibt 67.45; Mob. 923; ital. Anl. 64.50.

Spanien.

Laut Berichten aus der Havannah hat der Abzug der spanischen Truppen aus San Domingo bereits begonnen.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Febr. (Nat.-Ztg.) Gestern wurde im Reichsraths-Volksting der Hansen'sche Antrag, betreffend die Wiederherstellung des Grundgesetzes von 1849, mit 60 gegen 21 Stimmen angenommen, und unmittelbar darauf mit 64 gegen 21 Stimmen zur dritten Lesung verwiesen. Die „Berl. Tid.“ erwartet die Lösung der Verfassungsfrage nur noch von der Niederlegung eines gemeinsamen Ausschusses des Reichsraths und Reichstags. — Der Zivilingenieur Louis Carl beabsichtigt die Anlage eines Schutzhafens von 3000 Fuß Länge und 700 Fuß Breite vor Helsingör. Das erforderliche Anlagekapital ist bereits durch Aktien herbeigeschafft, und auch der Ausführung des großartigen Plans steht von Seiten des Ministeriums, welches zu der Anlage Ländereien zu bewilligen hat, kein Hinderniß entgegen. — In der letzten Nacht ist hier an den Folgen einer Blutkrankheit der Baudirektor, Etatsrath Liebenberg, gestorben. — Die dänische Mannschaft vom „Staerboer“, der bekanntlich als „Dinda“ in die Hände der Konföderirten übergegangen und vorerst in Ferrol eingelaufen ist, ist aus Frankreich hieher zurückgeführt. Der Umtausch der Befahrung erfolgte in der Nähe der Insel Quiberon von englischen Dampfschiffen aus, welche eine Anzahl wilder Burschen aus allen Weltgegenden heranzuführten. Man wollte auch die dänische Mannschaft anwerben, die dies aber ausschlug; sie wurde bei dieser Wandlung nicht zum besten behandelt, und macht jetzt bei der hiesigen französischen Gesandtschaft noch Entschädigungsansprüche an das Haus Arman in Bordeaux geltend.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Febr. Fuad Pascha hat die finanziellen Unterhandlungen mit dem Londoner Haus Baring wieder aufgenommen. — Die gegen die persischen Handelsleute projektierten Maßnahmen sind verschoben worden. Man hofft noch auf eine Beilegung der Differenzen mit Persien. — Die Unterzeichnung des Donau-Schiffahrts-Vertrags ist in Folge einiger Differenzen mit Oesterreich ausgesetzt worden.

Großbritannien.

London, 28. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Verney den Unterstaatssekretär Layard, ob er ihm über den Stand der Herzogthümerfrage Auskunft geben könne und ob die in kontinentalen Blättern oft erwähnte Depesche vom 27. Januar authentisch sei. Layard erwie-

berte, daß keine derartige oder entfernt ähnliche Depesche geschrieben oder abgeschrieben worden sei.

London, 28. Febr. Der bisherige britische Gesandte zu Washington, Lord Lyons, tritt aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurück und wird durch den bisherigen Gesandten in China, Sir Frederick Bruce, ersetzt werden.

Amerika.

Neu-York, 17. Febr. (Ber. „Africa.“) Auf die Flottenbewegung, welche General Grant am 5. und 6. d. von seinem linken Flügel ausführen ließ, ist noch kein weiterer Zusammenstoß mit dem Feinde gefolgt; ihre am Hatcher's Run gemommene Stellung befestigten die Bundesstruppen. — Flotte und Landheer haben ihre Operationen gegen Wilmington wieder aufgenommen. Wie südstaatliche Berichte behaupten, sind drei Angriffe, welche General Terry, unterstützt von Porter's Schiffen, am 11. d. gegen die südstaatlichen Linien bei Sugar Loaf am Cape-Fear-Fluß unternommen hatte, von der Besatzung zurückgeschlagen worden. — Die Nachrichten von dem Kriegsschauplatz in Südcarolina lauten für die Waffen der Union sehr günstig, obwohl ausschließlich südstaatlichen Quellen entstammend. Sherman's linker Flügel nahm am 8. d. Grahamsville (an der Augusta-Charlestoner Bahn, 18 Meilen westlich von Branchville); und während Kilpatrick's Kavallerie die westliche Richtung gegen Augusta verfolgte und Blackville besetzte, setzte das Gros über den Edisto-Fluß und setzte, nach Norden marschierend, in dem zwischen Branchville und Columbia an der Eisenbahn gelegenen Orangeburg festen Fuß. Richmonder Blätter vom 14. d. berichten hierüber folgendes: „Der Feind stand gestern in Orangeburg. Unsere Truppen zogen sich auf Columbia zurück. Branchville ist zweifelsohne geräumt. Die Eisenbahn- und Telegraphen-Verbindung mit Charleston ist zerstört.“ Beauvergard soll mit dem größten Theil der frühern Hood'schen Armee in Sherman's Fronte stehen; der Gouverneur W. Grath von Südcarolina ruft die gesammte Bevölkerung des Staates, Ausländer eingeschlossen, zu bewaffnetem Widerstand gegen den anrückenden Feind auf. Unterdessen haben 3000 Mann Bundesstruppen am 10. eine Landung auf der James-Insel ausgeführt, die Vorposten des Gegners zurückgejagt, und sich in einer Entfernung von 2 bis 3 Meilen südwestlich von Charleston festgesetzt; an der Barre erschienen zugleich 18 neue Dampfer. Hardee sagt übrigens in seinem Bericht, das Ganze werde für eine bloße Demonstration gehalten. Ein gleichzeitig am 10. verführter Handstreich gegen die südstaatlichen Truppen am Saltwater Creek soll schiefgeschlagen sein. An Foster's Stelle hat General Gilmore das Kommando in Port Royal wieder übernommen. Von Savannah sind drei mit Baumwolle beladene Schiffe in Neu-York eingelaufen. — In Richmond ist am 9. eine zweite Massenversammlung abgehalten worden, vor welcher der Minister Benjamin und andere Spitzen des Südstaates kriegerische Reden hielten. Die Hilfsmittel der Südstaaten zur Erhaltung der Unabhängigkeit wurden als überreich geschilbert; sollte die Nothwendigkeit die Aufhebung der Seefeste gebieten, so werde das Volk dem General Lee in's Innere folgen und dort den Kampf fortsetzen, bis der Norden erschöpft die Waffen niederlege. In einem Tagesbefehl vom 11. d. forderte General Lee alle vom Heere Abwesenden auf, sich binnen 20 Tagen in ihren jeweiligen Hauptquartieren zu melden.

Das Haus der Repräsentanten in Washington hat den Baumwoll-Zoll von 6 Cents in Gold auf 6 Cents in Papier herabgesetzt. Dem Senat legte Präsident Lincoln die Ernennung des Senators Morgan aus Neu-York zum Nachfolger Hrn. Jefferson's vor; doch lehnte der Erwählte das Amt ab. — Die Sonntagspredigt am 12. im Haus der Repräsentanten ist, auf Ersuchen, von Hrn. Higdon Garnett, einem Neger, gehalten worden. — Wie Depeschen aus Washington melden, hat der amerikanische Konsul in London der Regierung die amtliche Anzeige gemacht, daß der in Bordeaux gebaute Widerdampfer von Dänemark an die Südstaatlichen verkauft worden sei; der dänische Gesandte in Washington dagegen spricht dieser Behauptung jegliche Begründung ab.

Mexiko. (Ueber Neu-York.) Zeitungsnachrichten aus Mexiko vom 29. v. M. melden von wiederholten Niederlagen, die General Bazaine in der Provinz Durango erlitten haben soll. Ueberall, wo die französischen Truppen sich zurückgezogen, hätten die Liberalen zu den Waffen gegriffen; ihre Partei zählte schon 60,000 Mann, wovon Diaz 12,000 Mann befehligte. Juarez soll in Sonora sein. Halbamtliche Berichte, in Washington aus Sonora eingetroffen, bringen Mittheilungen von einer Niederlage der Kaiserlichen auch dort im Norden Mexiko's. Mit einer bedeutenden Streitmacht sei der Apostat Vega in die Provinz Sonora eingezogen; entgegengerückt sei ihm der mexikanische General Patoni, habe ihn bei Esfueria [?] el Fuerte in Sinaloa, unweit der sonorischen Grenze] geschlagen, seine Artillerie genommen, viele Gefangene gemacht, und Vega selbst, der sich unter letzteren befand, als Verräther erschießen lassen. Zu gleicher Zeit habe der mexikanische Oberst Rosalia bei San Pedro die in Altata gelandeten und für Vega bestimmten französischen Hilfstruppen geschlagen, die Artillerie erbeutet, und den Kommandeur der Expedition, Lagrilla, gefangen genommen.

Bemerkte Nachrichten.

Koburg, 28. Febr. Der Vorstand des Rationalvereins trat vorgestern dahier zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung bezüglich der Vereinigung der Preßthätigkeit und Geschäftsführung an einem Ort Weiteres zu beraten. Dem Vernehmen nach sind die diesem Zweck bisher entgegenstehenden Hindernisse nunmehr beseitigt und es ist alle Aussicht vorhanden, daß der Wunsch der Generalversammlung innerhalb der nächsten 2—3 Wochen in Erfüllung gehen wird. Anwesend waren die Hh. v. Rogau, v. Bennigsen, Fries (Weimar), Weh, Nagel (Frankfurt) und Streit.

Braunschweig, 27. Febr. (R. Pr. Ztg.) Folgender Erlaß Sr. Hoh. des Herzogs ist veröffentlicht worden: „Unter dem Beistand der göttlichen Vorsehung ist es durch den Eifer und die un-

ermüßliche Thätigkeit der bei den Vsharbeiten beschäftigten Personen gelungen, dem verpeuerenden Element Einhalt zu thun, von welchem mein Residenzschloß ergriffen wurde. Es ist meinem Herzen ein Bedürfnis, für die dabei bekundete Hingebung, sowie für die vielfachen Beweise von Liebe, Ergebenheit und treuer Anhänglichkeit, welche ich bei dieser Gelegenheit von neuem von Stadt und Land täglich erhalte, meine dankbare Anerkennung hierdurch öffentlich auszusprechen. — Schloß Richmond, 26. Febr. 1865. Wilhelm, Herzog.“ Der Baudirektion ist der Befehl zugegangen, sofort den linken Flügel, welcher nur hinter dem Mittelbau ein Zimmer in der Front, natürlich unten sowohl als oben, verloren, wieder in Stand zu setzen, damit der Herzog im Juli hineinziehen kann. Der andere Flügel und der Mittelbau soll, wie es heißt, ebenfalls wieder aufgebaut und höchst wahrscheinlich auch die Quadriga wieder neu hergestellt werden. Von der alten kann nur das Brustbild der Brunonia wieder gebraucht werden, und ein Pferdeopfer ist noch gut; alles Uebrige ist theils geschmolzen und liegt in unförmlichen Stücken im Schutt.

Nach der „Ztg. f. Nordb.“ sollen zum deutschen Bundes-schießen 400 deutsche Schützen aus Amerika zu erwarten sein, unter Führung des Hrn. Bush aus Vebertsja.

Wien, 25. Febr. Die „Presse“ schreibt: „Bei einem Karnevalsvergnügen, welches zweiundachtzig ungarische Grundbesitzer der untern Gegend veranstalteten, fiel es Einem derselben ein, das Areal ihres gesammten unbeweglichen Besitzes zu berechnen, und es ergab sich hierbei die bedeutende Ziffer von 200,000 Joch. Da warf ein Anderer die Frage auf, über wie viel Baargeld alle zusammen im Augenblick zu disponiren im Stande wären; die Anwesenden gaben sich wechselseitig das Ehrenwort, treu zu satiren, und siehe da, die verhältnißmäßig höchst geringe Summe von etwa vierhundert Gulden kam zum Vorschein. Diese Thatsache, welche wir verbürgen können, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Mißverhältniß der Kapitalkraft und Geldzirkulation zum Realitätenwerth in Ungarn.“

Paris, 27. Febr. (Köln. Ztg.) Die Vertreter der europäischen Staatstelegraphen-Verwaltungen, welche, wie schon mitgetheilt, als Sachleute dem am 1. März auf Anregung Frankreichs unter den Aufsicht des Hrn. Drouin de Lhuys hier zusammentretenden internationalen Telegraphen-Kongresse beizuhohnen sollen, sind zum Theil schon eingetroffen, theils wird ihrer Ankunft im Lauf des heutigen und morgenden Tags entgegen gesehen. Unter den Theilnehmern sind, außer Frankreich selbst, vorzüglich zu nennen Preußen und Oesterreich, sowie Rußland, die skandinavischen Königreiche, Italien, Belgien und die Schweiz. Es handelt sich um die Vereinbarung allgemeiner Grundsätze, nach welchen die telegraphische Korrespondenz im internationalen Verkehr behandelt werden soll, und um die Aufstellung einer möglichst gleichmäßigen Taxe, nichtweßens aber um Gewinnung einer einfachen Targrundlage und eines nicht komplizirten gegenseitigen Abrechnungsverfahrens. Die Basis der Verhandlungen ist bereits vor dem Zusammentritt des Kongresses auf diplomatischem Wege festgesetzt worden.

Das „Echo de l'Indre“ bringt folgende, an den Kaiser Napoleon III. gerichtete Petition, die wir, um ihr die ganze Ursprünglichkeit und Naturwüchsigkeit zu lassen, im französischen Original wiedergeben:

Sire! J'ai contracté, sous votre cher oncle, deux blessures mortelles qui, depuis cinquante ans, font l'ornement de ma vie. Si ces deux titres vous paraissent susceptibles d'un bureau de tabac, mon espérance et mon épouse seront au comble. Sire, un mot de réponse, s'il vous plait. (Afranchir.) X.

Nachricht.

Wien, 28. Febr. (W. T. Z.) Die „Wiener Abendpost“ schreibt bezüglich des Artikels der gestrigen „Nordb. Allg. Ztg.“ über den Inhalt der letzten Nummer des „Memorial diplomatique“: Wir wissen nicht, aus welchen Mittheilungen des „Memorial“ die „Nordb. Allg. Ztg.“ eine gegen die preussische Regierung gerichtete Einflußnahme des Fürsten Metternich auf dieses Wochenblatt herleiten zu können glaubt, da doch gerade in der letzten Nummer desselben der Redakteur ausdrücklich bezeugt, daß der Fürst Metternich, weit entfernt, die Angriffe des „Memorial“ gegen Preußen zu billigen, ihn vielmehr wiederholt und angelegentlich um Wäßigung seiner Sprache diesbezüglich ersucht hat. Wie dem auch sei, wir sind in der Lage, aus bester Quelle zu versichern, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“ sich vollständig im Irrthum befindet, wenn sie annimmt, daß der Fürst Metternich in irgend einer Richtung einen von dem seiner Regierung abweichenden Weg geht. Oesterreichs Interessen werden von ihm allseitig mit eben so viel Einsicht als pflichttreuem Eifer vertreten, und für die Andeutung, mit welcher der telegraphische Auszug des besprochenen Artikels der „Nordb. Allg. Ztg.“ schließt, wird die preussische Regierung gewiß eben so wenig geneigt sein, einzustehen, als der Fürst Metternich eine Verantwortung für die Auslassungen des „Memorial“ zu übernehmen gewillt ist. — Das Militärblatt „Der Kamerad“ meldet: Dem Bernehmen nach wird heuet bei Bruck a. d. Leitha ein Uebungslager von 50,000 Mann bezogen werden. Als Kommandanten nennt man den Erzherzog Albrecht. Das Lager soll in der Mitte des Juni bezogen werden.

Karlshuder Witterungsbeobachtungen.

28. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 9.90	+ 3.5	S.W.	ganz bew.	trüb, neblig, frisch
Mittags 2 „	„ 7.90	+ 7.0	„	„	„ frisch, Regentr.
Nachts 9 „	„ 7.03	+ 6.5	„	„	„ Regen

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 2. März. 1. Quartal. 33. Abonnementsvorstellung. **Homo und Julie**; Trauerspiel in 5 Akten, von Shakspeare.

Freitag 3. März. 5. Abonnementskonzert des großherzogl. Hoforchesters im Museumsaal; dem Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

